

«Wir werden künftig Daten auswerten können, ohne in ihrem Besitz zu sein»

Georges-Simon Ulrich, Direktor des Bundesamts für Statistik (BFS), und der Datenforscher Diego Kuonen sprechen mit Barnaby Skinner über das Corona-Daten-Chaos und darüber, warum jetzt alles besser wird

Herr Ulrich und Herr Kuonen, wie haben Sie sich während der Corona-Krise informiert?

Ulrich: Auf allen möglichen Kanälen. Soziale Netzwerke waren für mich wichtig. Und natürlich habe ich mich auch über die klassischen Medien informiert: Fernsehen, Radio, Zeitung – logischerweise habe ich auch die NZZ gelesen. Ich bin ein News-Junkie.

Kuonen: Ich las vor allem meine Hauszeitung, den «Walliser Boten». Und ich bin auf dem sozialen Netzwerk Twitter aktiv.

Wurden Sie gut informiert?

Ulrich: Ich habe in den Medien eine Lernkurve beobachtet. Zuerst ging es darum, möglichst viele Daten zu Corona-Infizierungen zu haben. Hauptsache, man hatte irgendetwas. Egal was. Dann setzte die zweite Phase ein. Plötzlich begannen sich einige Medien zu fragen, wie repräsentativ diese Daten seien? Wie vergleichbar? Wer die Daten wie erhoben habe?

Kuonen: Ich habe davon nicht genug gefunden und hätte von den Medien mehr Aufklärungsarbeit erwartet. Ich sah viele sinnlose Datenvisualisierungen. Ich finde, die Zeitungen und das Fernsehen hätten mehr Zeit damit verbringen müssen, den Leuten zu erklären, was aus den dargestellten Kurven eben nicht herauszulesen war.

Hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) als Hüter der Daten zu Corona-Infizierten einen guten Job gemacht?

Ulrich: Das BAG trägt die Verantwortung für die erhobenen Daten. Und im Gesundheitswesen sind Daten eben be-



Georges-Simon Ulrich
BFS-Direktor



Diego Kuonen
Professor für Datenwissenschaft

sonders heikel. Näher beim Menschen kann man ja kaum sein. Der Datenschutz spielt hier eine grosse Rolle. Das Amt muss deshalb sehr genau prüfen, welche Daten es freigibt.

Mitten in der Corona-Krise haben Sie kommuniziert: Ab 2021 wird das Bundesamt für Statistik ein Kompetenzzentrum für Datenwissenschaften schaffen. Warum?

Ulrich: Der Gesamtbundesrat hat bereits im Jahr 2017 den Aufbau eines solchen Zentrums angestossen. Vielleicht wird jetzt in der Krise und dem Daten-Durcheinander, das teilweise geherrscht hat, die Dringlichkeit davon der Öffentlichkeit klarer. Der Bundesrat hat damals verstanden: Wenn jedes Amt seine eigenen Daten erhebt und analysiert, dann entstehen ganz viele Doppelspurigkeiten. Das neue Kompetenzzentrum kann zur Lösung des Problems beitragen.

Tun Sie da dem Bundesrat nicht zu viel Ehre an? Er reagierte damals auch auf politischen Druck.

Ulrich: Am Anfang stand eine Motion der FDP-Fraktion: «Keine Doppelspurigkeiten in der Verwaltung». Für uns war dieser Vorstoss eine Steilvorlage. Er forderte den Bundesrat im Jahr 2016 auf, sicherzustellen, dass Unternehmen nicht die gleichen Daten in unterschiedlichen Verfahren an den Bund übermitteln mussten.

Kuonen: Im Grunde geht es darum, einen Kulturwandel herbeizuführen. Die Bundesverwaltung soll offener mit ihren Datensätzen umgehen.



Viele Bundesämter haben Mühe damit, Daten über die Amtsgrenzen hinweg miteinander zu teilen.

MARTIAL TREZZINI / KEYSTONE

Der vielzitierte Kulturwandel also. Das hört sich so wunderbar an. Aber warum sollen Bundesämter, die seit Jahrzehnten Datenhoheit geniessen, diese aufgeben?

Kuonen: Als ich das Mandat als Berater beim Bundesamt für Statistik antrat, traf ich auf die Haltung: Ah, da kommt jetzt der von der Privatwirtschaft, um mit seinen neuen Ideen aus dem Bund ein Startup zu machen, um agiler zu werden. All diese nichtssagenden Schlagwörter eben. Aber ich habe ein inneres Feuer für das Statistik-System Schweiz. Und dieses Feuer versuche ich allen in der Verwaltung zu vermitteln.

Aber was heisst das? Seit Wochen weigert sich etwa das BAG, Daten zu Corona-Infizierungen zu teilen. Dabei könnte man anhand dieser Daten herausfinden, wo zurzeit die grösste Gefahr besteht, sich mit dem Virus anzustecken.

Ulrich: Wenn das BAG aufgrund rechtlicher Abwägungen zu dem Schluss kommt, dass die Daten zu den Corona-Infizierungen etwa auf Gemeindeebene als besonders schützenswert einzustufen sind, weil damit in kleinen Gemeinden Personen identifiziert werden könnten, dann gilt das.

Aber dieses Argument kann doch für alle Daten angeführt werden.

Ulrich: Unser neues Kompetenzzentrum gibt uns künftig Möglichkeiten, einen neuen Weg einzuschlagen. Wir werden die Daten nutzen und datenwissenschaftlich auswerten können, ohne den Datenschutz zu verletzen und ohne, dass das BAG die Rohdaten abgeben muss. Wir schaffen hier eine geschützte Umgebung, um datenwissenschaftliche Methoden zu testen und dann die Testergebnisse und die Methoden publizieren zu können. Die Rohdaten bleiben bei den Fachverantwortlichen.

Das ist interessant. Könnten auch Medien Teil einer solch geschützten Daten-Plattform werden?

Ulrich: Warum nicht? Vielleicht nicht mit Zugriff auf alle Rohdaten, aber auf einen Teil der Daten und auf die datenwissenschaftlichen Methoden, damit für die Öffentlichkeit nachvollziehbar bleibt, wie eine gewisse datenbasierte Aussage zustande kommt.

In anderen Worten: Das neue Kompetenzzentrum für Datenwissenschaften des BFS funktioniert als Schnittstelle nicht nur für den Datenaustausch inner-

halb der Verwaltung, sondern auch zur Öffentlichkeit oder zur Privatwirtschaft?

Kuonen: Ich möchte hier die Daten-Diskussion abbrechen. Es geht um den Einsatz innovativer datenwissenschaftlicher Methoden. Daten sind das Mittel zum Zweck. Um nochmals Ihr Beispiel aufzunehmen: Das BAG muss die Daten gar nicht an uns schicken, die bleiben schön bei ihm. Es geht darum, das Amt mithilfe datenwissenschaftlicher Ansätze darin zu befähigen, die entwickelten Algorithmen auf seine Daten in seinem Haus anzuwenden.

Sie brauchen also keinen direkten Zugriff auf die Rohdaten?

Kuonen: Genau, wir selber brauchen keinen Dateneinblick, vorausgesetzt, die Datenqualität stimmt. Das Einzige, was zurückkommt, ist das Resultat der Rechnung des Algorithmus. Das ist die Zukunft der Datenwissenschaft.

Wie viele Leute arbeiten künftig in diesem neuen Kompetenzzentrum?

Ulrich: Wir beginnen mit zehn Vollzeitstellen.

Finden Sie Leute mit dem nötigen Know-how in der Schweiz? Oder müssen Sie international aktiv werden?

Kuonen: Datenwissenschaft ist Team-sport. In der Privatwirtschaft sehe ich

«Ich hätte mehr Aufklärungsarbeit von den Medien erwartet. Ich sah viele sinnlose Datenvisualisierungen.»

eine grosse Nachfrage nach «Data Scientists». Das ist Gugus. Das Kern-Team muss aus Leuten bestehen, die etwas von maschinellem Lernen verstehen. Also davon, wie man mit Daten einen Algorithmus trainiert. Dann braucht es Leute, die Datenbanken pflegen können und wissen, was Daten-Management bedeutet; und es braucht Leute mit sehr guten Statistik-Kenntnissen oder solche, die wissen, wie man Daten verknüpft. Das sind ganz unterschiedliche Skills. Vor allem müssen die Leute kreativ,

kommunikationsfähig und anpassungsfähig sein und die Probleme erkennen und lösen wollen.

Haben Sie eine Vision für das Kompetenzzentrum?

Kuonen: Ich bin nur der Berater des Bundes. Langfristig stelle ich mir vor, dass die gesamte öffentliche Hand eine Suchmaschine hat, in der alle Datensätze aller Ämter beschrieben sind; genauso wie die Methoden, mit denen die Daten analysiert werden. Davon träume ich.

Das tut man auch als Journalist oder als interessierter Bürger.

Ulrich: Es geht uns grundsätzlich darum, ein System von Wissen aufzubauen. Covid-19 zeigt dessen Dringlichkeit. In der Schweiz ist der Datenschutz sehr wichtig. Unsere Idee ermöglicht es uns als Land, alle verfügbaren Daten zur Bekämpfung des Coronavirus zu nutzen, ohne dabei den Datenschutz auszuhebeln. So etwas haben wir heute nicht.

Gibt es konkrete Anwendungen, die Ihnen bereits vorschweben?

Ulrich: Das Zentrum startet offiziell erst im Januar 2021. Aber unter der Internetadresse www.experimental.bfs.admin.ch finden Sie erste kleinere Vorprojekte: etwa ein Mobilitäts-Monitoring von 2500 Personen. Es zeigt, wie sich während der Pandemie das Bewegungsverhalten der Schweizerinnen und Schweizer verändert hat. Oder eine Schätzung, wie sich die Erwerbsbeteiligung von Personen auf Gemeindeebene Jahr um Jahr verändert.

Ein grosser Teil der Arbeit des Kompetenzzentrums dient wohl internen Zwecken. Werden Sie immer transparent machen, wie Ihre Algorithmen funktionieren?

Kuonen: Wir bauen hier ein Dienstleistungszentrum. Die genutzten Methoden werden grundsätzlich – unter Wahrung des Datenschutzes – immer dokumentiert und öffentlich gemacht.

Also werden nicht alle Algorithmen, die das Zentrum künftig entwickelt, transparent gemacht?

Kuonen: Neben der Transparenz wird auch den Grundwerten Datenschutz, Datensicherheit, Daten-Governance und Reproduzierbarkeit grösste Bedeutung beigemessen.

Erster Besuch im Ausland seit der Corona-Krise

Karin Keller-Sutter diskutiert in Wien über Grenzöffnungen

IVO MIJNSSEN, WIEN

Zum ersten Mal seit Ausbruch der Corona-Krise ist ein Mitglied der Schweizer Landesregierung ins Ausland gereist. Justizministerin Karin Keller-Sutter flog am Donnerstagmorgen mit dem Bundesratsjet zu einem Kurzbesuch nach Wien. Sie traf Karl Nehammer, den österreichischen Innenminister, zu einem Arbeitsbesuch mit Kaffee und Gipfeli. «Es ist schon anders, wenn man sich sieht, statt nur zu telefonieren», meinte die Bundesrätin anschliessend vor Schweizer Medien, «man redet wieder normal miteinander».

Viel Druck zum Handeln

Beim ersten Besuch ausserhalb des Landes, der auch in normalen Zeiten die Schweizer Bundespräsidenten traditionell nach Wien führt, ging es denn auch um Grenzen. Die Schweiz hat mit Österreich, Deutschland und Frankreich vereinbart, untereinander ab dem 15. Juni wieder den freien Personenverkehr zuzulassen. Als St. Gallen weiss Keller-Sutter, wie eng die wirtschaftlichen und persönlichen Beziehungen gerade zwischen der Ostschweiz und Vorarlberg sind. «Es gab deshalb seit April grossen Druck, die Grenzen wieder zu öffnen.»

Die Schweiz musste dabei durchaus etwas um ihren Platz in der ersten Reihe kämpfen. Als in Österreich Ende April erste konkrete Pläne zu Grenzöffnungen bekannt wurden, konzentrierten sich diese auf Deutschland – auch auf Druck der Tourismusindustrie, da die nördlichen Nachbarn die mit Abstand wichtigste Gästegruppe darstellen. Die Schweiz, so hiess es damals, geniesse nicht höchste Priorität, zumal die Kantone die Pandemie unterschiedlich gut unter Kontrolle gebracht hätten. «Ende April war noch nicht absehbar, dass sich die Lage so schnell verbessern würde», sagt Karin Keller-Sutter dazu. Lockerungen an den Grenzen sind bereits in Kraft. Und obwohl formell noch ein Nachweis für besondere Gründe nötig ist, berichten Reisende, dass kaum mehr kontrolliert werde.

Unterschiedliche Ansätze

Für die Schweiz ist allerdings klar, dass die Kooperation der vier Länder nur einen Schritt in Richtung einer koordinierten Grenzöffnung im gesamten Schengen-Raum darstellt: Bis 6. Juli soll in Europa wieder Reisefreiheit herrschen. Österreich ist zurückhaltender und will sich noch auf kein Datum festlegen. Lieber spricht man in Wien von einem «Mini-Schengen», das ab Mitte Juni auch ostmitteleuropäische Nachbarstaaten mit einschliessen soll. Die unterschiedlichen Ansätze bergen Konfliktpotenzial: Sind die Schweizer Grenzen nämlich wieder für alle Europäer offen, müsste Österreich wohl mit erneuten Kontrollen reagieren, wenn es seine Linie durchziehen will. Bereits heute sorgt die Ungleichbehandlung der Nachbarländer für Verstimmungen. Italien sowie Slowenien beschuldigen die Österreicher der Diskriminierung und preschen mit einseitigen Grenzöffnungen vor. Wien und Bern würden gegenüber Rom aber die gleiche Position vertreten, stellte Keller-Sutter klar: «Die für den 3. Juni angekündigte Öffnung ist kein gangbarer Termin. Ich hoffe, dass wir uns mit allen unseren Nachbarstaaten auf eine koordinierte Öffnung einigen können.»

Verstärkter Grenzschutz

Einig sind sich Keller-Sutter und Nehammer auch bezüglich der Notwendigkeit eines verstärkten Schutzes der Schengen-Aussengrenzen, sobald die Reisefreiheit wiederhergestellt ist. Die Schweiz und Österreich wollen deshalb in die Reform-Diskussionen über die Dublin-Verordnungen gemeinsame Ideen wie beschleunigte Erstverfahren an den Aussengrenzen einbringen.